



Norbert Lammert (Hg.)

Handbuch zur Geschichte der CDU

Grundlagen, Entwicklungen, Positionen

Norbert Lammert (Hg.)

Handbuch zur Geschichte der CDU

Grundlagen, Entwicklungen, Positionen

Redaktionsschluss: 31. März 2022

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar

wbg Academic ist ein Imprint der wbg
© 2022 by wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt
Die Herausgabe des Werkes wurde durch die
Vereinsmitglieder der wbg ermöglicht.
Satz: schreiberVIS, Seeheim
Umschlaggestaltung: Harald Braun
Gedruckt auf säurefreiem und
alterungsbeständigem Papier

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-wissenverbindet.de

ISBN 978-3-534-27421-5

Elektronisch ist folgende Ausgabe erhältlich:
eBook (PDF): ISBN 978-3-534-27422-2
eBook (epub): ISBN 978-3-534-27581-6

Menü

[Buch lesen](#)

[Innentitel](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)

[Informationen zum Buch](#)

[Informationen zu den Autorinnen und Autoren](#)

[Impressum](#)

Inhaltsverzeichnis

Grußwort

Friedrich Merz

Zur Einführung: Grundlagen, Entwicklungen, Positionen

Norbert Lammert

I. Grundlagen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Christlich inspirierte Sammlungsbewegung – Die politischen Ursprünge und geistigen Grundlagen der CDU

Matthias Oppermann

Das Erbe von Zentrum und Widerstand

Wolfgang Tischner

Partei Gründung in Ost und West

Christopher Beckmann

Stationen der programmatischen Entwicklung der CDU

Michael Borchard

„...nicht der verlängerte Arm der Kirche“ – Zum Verhältnis der CDU zu Kirchen und Religionsgemeinschaften

Karlies Abmeier

II. Entwicklungsphasen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Die Regierungspartei der Bundesrepublik Deutschland unter den
Vorsitzenden Konrad Adenauer und Ludwig Erhard

Hanns Jürgen Küsters

Die CDU in der (ersten) Großen Koalition und Opposition: Refor-
merische Aufbrüche unter Kiesinger und Barzel

Philipp Gassert

Die CDU in der Ära Kohl

Günter Buchstab

Opposition und Regierungsverantwortung unter Schäuble und M-
erkel

Andreas Rödder

Die CDU der SBZ/DDR

Oliver Salten

Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands

Theresia Bauer

III. Entwicklung der Parteistrukturen

Landesverband Baden-Württemberg

Peter Crämer

Landesverband Berlin

Stefan Marx

Landesverband Brandenburg

Stefan Marx

Landesverband Bremen

Thilo E. Pries

Landesverband Hamburg

Thilo E. Pries

Landesverband Hessen

Peter Crämer

[Landesverband Mecklenburg-Vorpommern](#)

Stefan Marx

[CDU in Niedersachsen](#)

Andreas Grau

[Landesverband Nordrhein-Westfalen](#)

Yvonne Ziwitzka

[Landesverband Rheinland-Pfalz](#)

Frank Hammes

[Landesverband Saar](#)

Frank Hammes

[Landesverband Sachsen](#)

Oliver Salten

[Landesverband Sachsen-Anhalt](#)

Andreas Grau

[Landesverband Schleswig-Holstein](#)

Andreas Grau

[Landesverband Thüringen](#)

Oliver Salten

[Die Exil-CDU](#)

Oliver Salten

[Die Kreisverbände](#)

Oliver Salten

[Die Vereinigungen und Sonderorganisationen](#)

Horst Granderath/Carsten Pickert

[CDA – Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft](#)

[EAK – Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU](#)

[FU – Frauen Union](#)

JU – Junge Union Deutschlands und Schüler Union

KPV – Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands

MIT – Mittelstands- und Wirtschaftsunion

OMV – Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge der CDU/CSU

RCDS – Ring Christlich-Demokratischer Studenten

SU – Senioren-Union

Organisatorische Veränderungen in der Bundespartei

Stefan Marx

Wähler und Mitglieder der CDU

Viola Neu

IV. Innenpolitische Positionen und Weichenstellungen

Soziale Marktwirtschaft

David Gregosz/Martin Schebesta

Bildungspolitik

Markus Lingen

Kulturpolitik und Medien

Martin Falbisoner

Die Sozialpolitik der CDU

Kathrin Zehender

Familien- und Generationenpolitik

Jan Philipp Wölbern

Frauenpolitik

Ina vom Hofe

Energie- und Umweltpolitik

Wolfgang Tischner

[Für Recht und Ordnung – Eine programmatische Betrachtung der Politik zur Inneren Sicherheit](#)

David Maaß

[Vertriebene, Flüchtlinge, Migranten, Asylpolitik](#)

Andreas Grau

[Wissenschaft, Forschung, Technologie](#)

Christine Bach

[Bioethische Positionen in christlich-demokratischer Programmatik und Rechtspolitik](#)

Rita Anna Tüpper

V. Außen-, deutschland- und europapolitische Positionen und Weichenstellungen

[Deutschlandpolitik und deutsche Einheit](#)

Judith Michel

[Europapolitik](#)

Olaf Wientzek

[Sicherheits- und Verteidigungspolitik](#)

Michael Hansmann

Anhang

[Abkürzungsverzeichnis](#)

[Abbildungen](#)

[Bildquellen](#)

[Auswahlbibliographie](#)

Julia Gusenfeld

[Autorinnen und Autoren](#)

[Personenregister](#)

Grußwort

„Mögest Du in interessanten Zeiten leben“; so lautet eine chinesische Verwünschung. Wir neigen heute angesichts der gewaltigen nationalen und internationalen Umbrüche gelegentlich – und nicht erst seit der Corona-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine – zum Pessimismus. Natürlich wäre es sträflich, die Herausforderungen, vor denen wir stehen, klein zu reden, aber es wäre ebenso sträflich, nicht die Chancen zu sehen, die sich daraus ergeben. Als mutige Frauen und Männer – viele von ihnen hatten zuvor im Widerstand gegen die Diktatur gekämpft – sich 1945 in Köln und in Berlin und an verschiedenen Orten in ganz Deutschland zusammenfanden, um die Christlich Demokratische Union zu gründen, konnten sie sich Verzagtheit und die Furcht vor „interessanten Zeiten“ kaum leisten. Das Land lag in Trümmern. Nach dem Scheitern der Weimarer Republik, nach der nationalsozialistischen Barbarei, inmitten von Hunger und Not überwandern sie konfessionelle Unterschiede und gesellschaftliche Gräben und begaben sich auf einen gemeinsamen politischen Weg, um die Zukunft zu gestalten und Verantwortung für den Neuanfang zu übernehmen.

Aus diesem Aufbruch entstand etwas, das es in der deutschen Politik zuvor noch nie gegeben hatte: Eine Volkspartei, getragen von der Idee, für alle Menschen in der Mitte der Gesellschaft offen zu stehen und eine Union zwischen Stadt und Land, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen katholischen und evangelischen Christen zu bilden, die ihren Kompass nach dem christlichen Menschenbild ausrichtet. Eine Volkspartei, die auf diesem Weg die christlich-sozialen, die liberalen und die wertkonservativen Traditionen ohne

Rückgriff auf ein Vorbild in der bisherigen Parteienlandschaft zu einer neuen politischen Kraft zusammenführt.

Aus diesem mutigen Schritt sind zwei Erfolgsgeschichten geworden, die auf das engste miteinander verwoben sind: Die Geschichte der Christlichen Demokratie in Deutschland und die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz, der Wiederaufbau nach dem Krieg, die Rückkehr in die Wertegemeinschaft der westlichen Völker, die Soziale Marktwirtschaft und das sogenannte „Wirtschaftswunder“; die Aussöhnung mit Israel, die enge Freundschaft mit Frankreich und die transatlantische Partnerschaft, die deutsche Einheit und die europäische Integration sind auch Werke christlich-demokratischer Überzeugungen und Schaffenskraft.

Konrad Adenauer, der großen Anteil an dieser Erfolgsgeschichte hat, hat 1958 gesagt: „Eine gewisse Kenntnis der Geschichte ist ja doch die Grundlage jedes politischen Denkens.“ Und diese Kenntnis lehrt uns, dass Vergangenheit zwar verpflichtet, es aber in der Geschichte keine Stammlplätze gibt. Nicht in der Vergangenheit zu leben, aber aus der Vergangenheit und auf der Grundlage unserer Werte die Zukunft zu gestalten – das war immer unser Anspruch, und das muss heute erst recht unser Anspruch sein.

Wir werden auch in Zukunft die gestaltende Kraft in Deutschland sein, wenn wir nach Rückschlägen immer wieder Vertrauen in uns selbst und in unsere Stärken gewinnen. Zu diesen Stärken gehört es seit der Gründung unserer Partei, gegensätzliche Positionen miteinander zu versöhnen, uns niemals nur an einer Zielgruppe zu orientieren, sondern den Menschen in den Mittelpunkt unseres Handelns zu stellen. Ebenso bleibt es wichtig, dass wir auf die wesentlichen Fragen unserer Zeit – den Klimawandel, den digitalen und technologischen, den demografischen und gesellschaftlichen Wandel – Antworten geben, die unsere historischen Erfahrungen und unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität mit der Fähigkeit verbinden, Veränderungen zu erkennen und uns auf die neuen Herausforderungen, die vor uns liegen, einzustellen. Und schließlich haben die Männer und Frauen, die den Berliner Gründungsauf Ruf unterzeichnet haben, an eine ganz wichtige Stärke

unserer politischen Überzeugung appelliert: „Wir rufen Euch auf, alles Trennende zurücktreten zu lassen.“ In den kommenden Jahren wird es erneut ganz entscheidend auf den inneren Zusammenhalt unserer Partei ankommen. Wo andere spalten, müssen wir zusammenhalten und zusammenführen.

Das alles ist die Voraussetzung dafür, dass wir an eine besondere Stärke unserer Partei anknüpfen: an die Stärke, programmatisch auf der Höhe der Zeit zu sein und zugleich an unseren Grundüberzeugungen und an unseren Grundwerten festzuhalten. Ich bin daher dankbar, dass dieses Handbuch besonders viel Augenmerk auf die programmatische Entwicklung legt. So, wie es der CDU mit ihrem ersten Grundsatzprogramm 1978 gelungen ist, in der Zeit der ersten Opposition wieder Anschluss zu finden an das, was die Menschen bewegt, so müssen wir auch jetzt wieder zum Seismographen der Gesellschaft werden. Wo andere auf Gebote und Verbote setzen, setzen wir auf die Kraft der Eigenverantwortung und der Solidarität in der Gesellschaft. Die Soziale Marktwirtschaft, die den Schwachen hilft, wieder stark zu werden, und die den Starken ermöglicht, stark zu bleiben, garantiert wie keine andere Gesellschaftsordnung Wohlstand und Sicherheit. Die Soziale Marktwirtschaft kann auch die richtigen Antworten geben in der Transformation hin zur Klimaneutralität. Und nur ein starker Staat, der die innere und äußere Sicherheit gewährleistet, schafft die notwendigen Voraussetzungen für ein Leben der Menschen in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wer sich auf den Weg macht, tut gut daran, gelegentlich auch in den Rückspiegel zu schauen. Damit wir gerade in „interessanten“ Zeiten Verantwortung übernehmen können, ist der Rückblick, den dieses Handbuch bietet, überaus wertvoll. Und deshalb bin ich der Konrad-Adenauer-Stiftung und ihrem Vorsitzenden Professor Dr. Norbert Lammert als Herausgeber und den Autorinnen und Autoren der einzelnen Beiträge sehr dankbar für diesen lesenswerten Band. Dem Handbuch wünsche ich, was es verdient: viele Leserinnen und Leser – in der CDU und weit darüber hinaus!

Friedrich Merz

Einführung

Zur Einführung: Grundlagen, Entwicklungen, Positionen

Norbert Lammert

„Sie sind die Bollwerke der deutschen Demokratie.“^[1] So schlicht und deutlich beschreibt der US-amerikanische Politikwissenschaftler Daniel Ziblatt den Stellenwert der Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und sieht darin ausdrücklich ein Unterscheidungsmerkmal zu anderen demokratischen Systemen. Tatsächlich lässt sich die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik nicht ohne ihre demokratischen Parteien schreiben. Und auch die Zukunft unserer Demokratie ist ohne den gestaltenden Beitrag der politischen Parteien weder wirklich vorstellbar noch ernsthaft wünschbar, wie ein Blick auf ihre Stellung im Grundgesetz und in der Verfassungswirklichkeit deutlich macht.

Dies gilt nicht nur, aber vor allem für die Volksparteien und ganz besonders für die Christlich Demokratische Union Deutschlands. Die CDU hat nicht nur die politische Entwicklung unseres Landes maßgeblich geprägt – vom Grundgesetz über die Westbindung und die Soziale Marktwirtschaft bis zur Deutschen Einheit als Teil und Ergebnis der europäischen Integration –, sondern sie hat auch maßgeblich zur politischen Stabilität in Deutschland beigetragen. Und wenn in einer parlamentarischen Demokratie Regierungsjahre die Währung sind, in der sich der Erfolg einer Partei messen lässt, dann kommt man nicht umhin, der CDU zumindest einen weit überdurchschnittlichen Anteil zu bescheinigen.

Ein Grund zur Selbstzufriedenheit ist das jedoch keineswegs, wie nicht erst die für die Union verloren gegangene Bundestagswahl 2021

gezeigt hat. Die Union hat seit der Bundestagswahl 2013 rund 17 Prozent verloren. Im Vergleich zu 2017 verlor die CDU bei den Wahlen 2021 87 Direktmandate; in fünf Bundesländern konnte sie keinen einzigen Wahlkreis gewinnen; in Ostdeutschland kam sie nur noch auf 17,1 Prozent. Auch die vermeintlich letzte Volkspartei gerät im gegenwärtigen gesellschaftlichen Klima unübersehbar in Turbulenzen. Erstmals seit 1949 haben die beiden größten Parteien bei einer Bundestagswahl zusammen weniger als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten. Dabei handelt es sich um eine beinahe paradoxe Situation: Im Jahr 2019 feierte die Bundesrepublik „70 Jahre Grundgesetz“; erfreulicherweise ist die Reputation unserer Verfassung unangefochten. Laut einer Umfrage bewerten fast neunzig Prozent der Befragten das Grundgesetz als „eher gut“ oder „sehr gut“. Andererseits war die Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen, den maßgeblichen Institutionen wie den handelnden Personen wohl selten so groß wie in den letzten Jahren. Der gleichen Studie ist nämlich zu entnehmen, dass mehr als ein Drittel mit der erlebten Demokratie in Deutschland unzufrieden ist, und 50 Prozent der Befragten trauen den etablierten Parteien nicht zu, die Herausforderungen der Zukunft lösen zu können.² Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, wonach das Vertrauen in die politische Stabilität im Vergleich zu vor fünf Jahren von 81 Prozent auf 57 Prozent abgerutscht ist. „Zwei Drittel der Bevölkerung sind über die Entwicklung von Politik und Parteien besorgt. Sie haben den Eindruck von Führungslosigkeit und Planlosigkeit. [...] Allmählich unterminiert die Unzufriedenheit mit der Regierung auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt“; diagnostizierte Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach.³ Diese Entwicklung hatte sich im Kontext der Corona-Pandemie kurzzeitig verändert, als die Umfragewerte für die Volksparteien – insbesondere für die CDU – und auch das Vertrauen in die Parteien im Allgemeinen wieder stiegen; doch diese krisenbedingten Reaktionen in der Anfangsphase der Pandemie, von denen in erster Linie die Exekutive zeitweilig profitierte, haben sich längst wieder relativiert.⁴ Umfragen von Ende 2021 und Anfang 2022

zeigten, dass das Vertrauen der Bürger in Parteien im weiteren Verlauf der Pandemie signifikant gesunken ist. Im Dezember 2021 konnten 62 Prozent der Befragten keine Partei nennen, der sie zutrauten, die Probleme im Land zu lösen; die Regierungsparteien kamen zusammen nur auf 25 Prozent, die Union gerade einmal auf neun Prozent.⁵ Mittlerweile färbt diese Stimmung auch auf die Einstellung gegenüber der Demokratie insgesamt ab: Nach einer Umfrage vom Oktober 2021 vertrauen lediglich 50 Prozent der Deutschen der Demokratie, 30 Prozent vertrauen ihr weniger bis gar nicht; nur noch 32 Prozent der Befragten haben Vertrauen in Bundestag und Bundesregierung, gerade einmal 20 Prozent in Parteien.⁶

Der Befund lautet daher nach wie vor: Wir haben es mit einem massiven Vertrauensverlust zu tun, der im Übrigen nicht exklusiv die demokratischen Parteien betrifft, sondern sich auch gegenüber Medien, Gewerkschaften bis hin zu den Kirchen beobachten lässt und im Kontext der Corona-Pandemie vermehrt auch die Wissenschaft betrifft. Die Hintergründe dieser Entwicklung sind vielfältig, aber es gibt sicherlich einen Zusammenhang mit der Erfahrung, dass unsere Welt komplexer geworden ist: Die Globalisierung, die Digitalisierung, der Klimawandel und die Bewältigung einer Pandemie – um nur die auffälligsten Beispiele zu nennen – sorgen dafür, dass die Aufgaben, die die Politik regeln muss, immer komplizierter werden. Einfache Antworten auf komplizierte Fragen sind besonders populär, aber selten richtig. Das müssen nicht nur, aber insbesondere die Parteien den Menschen erklären; je komplizierter die Zusammenhänge werden, desto geduldiger und verständlicher müssen sie erläutert werden. Dies ist vielleicht eine der wichtigsten Qualifikationen, die in der Welt von heute demokratische Parteien und ihre Repräsentanten aufbringen müssen.

Die großen Krisenerfahrungen der letzten Jahre – kollabierende Finanzmärkte, zunehmende Migrationen, eine Pandemie – haben nicht nur den Handlungsdruck auf die Politik erhöht, sondern auch den Rechtfertigungsbedarf für tatsächlich und vermeintlich übersehene Risikoindizes. Mit Blick auf die Außen- und Sicherheitspolitik führen das der russische Angriff auf die Ukraine

und die daraus resultierenden direkten und indirekten Folgen für Deutschland eindrücklich vor Augen. Zu viele Verantwortliche in Politik und Medien, Wirtschaft und Gesellschaft haben zu lange die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mit autoritären Systemen verdrängt und die Realitäten durch Wunschdenken ersetzt. Die von der Bundesregierung unter Kanzler Scholz erklärte „Zeitenwende“ mit bemerkenswerten Maßnahmen zur Steigerung der deutschen Verteidigungsfähigkeit, die Anfang des Jahres 2022 noch kaum vorstellbar gewesen wären, zeigt, wie schnell und deutlich sich Verhaltensmuster und Orientierungen verändern, sobald ein nicht erwartetes Ereignis tatsächlich eingetreten ist, während der wiederholte Hinweis auf mögliche, absehbare Risiken in der Regel eher folgenlos bleibt.

Für alle Parteien ist es unabdingbar, die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen zu begleiten und damit Schritt zu halten. Ohne Verankerung in der Bevölkerung kann schon gar eine Volkspartei dabei nicht bestehen. Deswegen muss sie immer wieder den veränderten Organisations- und Kommunikationsbedürfnissen Rechnung tragen. Dass die CDU das kann, das hat sie mindestens zweimal eindrucksvoll bewiesen: zuerst bei ihrer Gründung vor über 75 Jahren, als sie als Partei der Mitte konfessions- und schichtenübergreifend ein bis dahin völlig neues Politikangebot gemacht und erfolgreich etabliert hat. Das zweite Mal, als sie nach zwanzig Jahren erstmals in der Regierungsverantwortung abgelöst wurde und in den 1970er Jahren in der Opposition eine gründliche personelle, programmatische und organisatorische Erneuerung ermöglicht hat. Diese Erfahrung und Befähigung muss die Union reaktivieren.

Ganz in diesem Sinne legt die Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem vorliegenden Werk eine umfassende Darstellung der CDU in historisch-thematischer Perspektive vor. Damit will die Adenauer-Stiftung dazu beitragen, eine Lücke in der Forschungsliteratur zu schließen; seit über 30 Jahren ist keine umfassende Geschichte der CDU mehr erschienen. Als klassisches Handbuch bietet der Band in übersichtlichen Beiträgen den Leserinnen und Lesern einen ersten Zugang zur historischen und programmatischen Entwicklung der

CDU, ergänzt durch strukturell angelegte Kapitel zu einzelnen Politikfeldern und Parteigliederungen.

Das vorliegende Handbuch ist nicht ausschließlich, aber in erster Linie das Ergebnis der fachspezifischen Expertise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, ergänzt durch Beiträge von namhaften Historikern. Nicht zuletzt handelt es sich dabei auch um Erkenntnisse, die auf der langjährigen Erforschung der Christdemokratie durch die Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik (WD/ACDP) der Adenauer-Stiftung beruhen.

Die Entstehung des Archivs geht zurück auf den ersten Regierungswechsel mit einer sozialliberalen Koalition und die Neuorientierung der CDU in der Opposition unter dem Bundesvorsitzenden Helmut Kohl. Im Kontext dieser Entwicklungen widmete sich die Konrad-Adenauer-Stiftung ab Mitte der 1970er Jahren intensiv der Dokumentierung und historischen Erforschung der CDU. Kohl, selbst Historiker, wusste, dass es der programmatischen Profilschärfe förderlich ist, sich mit der eigenen Geschichte und den Erfolgen und Misserfolgen im Wettbewerb der Parteien auseinanderzusetzen. „Politik ohne Geschichte ist wurzel- und ziellos, ohne Grund und ohne Perspektive“ lautet eine seiner Maximen. Und sein Biograph Hans-Peter Schwarz hat ergänzend angemerkt: „[...] erfahrungsgemäß bedarf es wissenschaftlicher Vordenker, die den politischen Häuptlingen zeigen, wie das konkret umgesetzt werden könnte.“⁷ So konnte das Archiv für Christlich-Demokratische Politik 1976 – in dem Jahr, in dem Adenauer 100 Jahre alt geworden wäre – gegründet werden. Schnell avancierte das Institut zum zentralen Archiv der Christdemokratie in Deutschland; es sammelt das Schriftgut der führenden Repräsentanten der CDU, ihrer Gremien und Organisationen sowie die Bestände der Vorläuferparteien (u. a. der Zentrumspartei). Mittlerweile umfasst es mehr als 17 Regalkilometer an Akten, hunderte Nachlässe prominenter Bundes- und Landespolitiker, über 300.000 Fotos, 22.000 Plakate, Filme, Tonträger.

Es war aber nicht nur als Dokumentationsstelle konzipiert, sondern stets auch als wissenschaftliche Einrichtung, die mit eigenen

Publikationen die Geschichte der Christdemokratie erforscht. 1982 wurde mit den „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“^[8] eine wissenschaftliche Reihe mit Studien zur christlichen Demokratie, Darstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik sowie Biographien wichtiger Repräsentanten etabliert; 1994 folgte mit der Zeitschrift „Historisch-Politische Mitteilungen“^[9] ein Forum für kürzere Beiträge. Die Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste / ACDP fungiert als Verbindungsglied zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Geschichts- wie Politikwissenschaft. So konnte die Stiftung in den letzten gut vier Jahrzehnten mit Monographien und Editionen wesentlich zur Erforschung der deutschen Geschichte beitragen.

Diese langjährige, historische Expertise fließt maßgeblich in das vorliegende Handbuch ein. Dessen Aufbau gliedert sich in fünf thematische Einheiten. Ein erster Teil widmet sich den geistigen Grundlagen, den historischen Anfängen und der programmatischen Entwicklung der CDU. Die Gründung der Union und der ihr zugrundeliegende programmatische Neuanfang war eine der Voraussetzungen für die Neugründung von Staat und Gesellschaft in Deutschland nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes und des Zweiten Weltkrieges. Die Männer und Frauen, die die Union gründeten, wollten die christlich-sozialen, die liberalen und die wertkonservativen Traditionen der Vorgängerparteien in einer Partei zusammenführen – basierend auf den gemeinsamen programmatischen Zielen: in Frieden und Freiheit zu leben, einen stabilen demokratischen Rechtsstaat zu etablieren, den Wiederaufbau und die Rückkehr Deutschlands in die Wertegemeinschaft der westlichen Völker sowie die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Mit der CDU entstand aber vor allem eine neue, interkonfessionelle Partei, die aufbauend auf dem katholischen Milieu und evangelischen Christen einem breiten Spektrum an politischen Strömungen aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus ein politisches Zuhause gab. Es handelte sich um eine Parteigründung von unten – getragen von der Idee, für alle in der Mitte der Gesellschaft offen zu sein, eben eine Union zu bilden zwischen Stadt und Land, zwischen sozialen Schichten, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen katholischen und evangelischen Christen. Dabei gingen nachhaltige

Impulse und Weichenstellungen aus dem Kreis der Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus hervor.

Im zweiten Teil zeichnen die Beiträge die weitere geschichtliche Entwicklung der CDU nach – beginnend mit dem ersten Bundeskanzler, Konrad Adenauer, der als Präsident des Parlamentarischen Rates selbst maßgeblichen Anteil an der Erarbeitung des Grundgesetzes hatte, das die zweite deutsche Demokratie nun seit über 70 Jahren prägt. Mit ihm ist die Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland untrennbar verbunden, denn er nahm maßgebliche Weichenstellungen in der politischen Orientierung vor: die Westbindung und die europäische Einigung. Die Soziale Marktwirtschaft und das deutsche Wirtschaftswunder verbinden sich vor allem mit dem Wirtschaftsminister und späteren Kanzler Ludwig Erhard. In seine Kanzlerschaft fällt auch die Aufnahme offizieller Beziehungen zum Staat Israel. Der Erfolg und gesellschaftliche Rückhalt dieser Persönlichkeiten und ihrer Politik sicherten der CDU bis Ende der 1960er Jahre solide Mehrheiten bei den Bundestagswahlen – bis zur Bildung der ersten Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger. Die Zeit in der Opposition in den 1970er Jahren stieß dann einen umfassenden Modernisierungsprozess in der Partei an, vorangetrieben insbesondere vom damaligen rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Helmut Kohl, der die Honoratiorenpartei als Bundesvorsitzender zielstrebig zur Mitgliederpartei umbaute. Als er 1982 Bundeskanzler einer christlich-liberalen Koalition wurde, hätte kaum jemand für möglich gehalten, dass Kohl sechzehn Jahre lang die Geschicke der Bundesrepublik bestimmen und dabei im Rahmen der europäischen Integration mit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands Weltgeschichte schreiben würde. Nach dem ersten durch das Wahlergebnis herbeigeführten Regierungswechsel und einer siebenjährigen rot-grünen Regierung begann mit Angela Merkel eine neue Epoche der CDU-Parteigeschichte, die bis in die Gegenwart führt. Nach zwei Legislaturperioden in der Opposition übernahm die Union 2005 wieder die Regierungsverantwortung, Angela Merkel wurde zur ersten Bundeskanzlerin Deutschlands mit einer wiederum

sechzehnährigen Amtszeit. Parallel zur Geschichte der CDU in der Bundesrepublik widmet sich ein Beitrag zudem der Ost-CDU in der DDR bis zum Vereinigungsparteitag in Hamburg 1990.

Im dritten Teil des Handbuchs steht die Entwicklung der Organisationsstruktur der CDU im Zentrum. Ihr Charakter als Volkspartei bildet sich auch in ihrer organisatorischen Struktur ab: Die Partei kennzeichnet ein föderaler Aufbau, ein deutlich geschrumpfter, aber immer noch beachtlicher Mitgliederbestand mit einer Bandbreite von Vereinigungen und Sonderorganisationen sowie ein effektiver Parteiapparat. Auch die Mitglieder- und Wählerentwicklung wird in den Blick genommen und nachgezeichnet, wie sich diese im Laufe der Jahrzehnte verändert hat.

Im vierten und fünften Teil werden schließlich die Positionen und politischen Weichenstellungen der CDU in zentralen Politikfeldern und Fragen der deutschen Innen- und Außenpolitik behandelt, von der Wirtschafts- und Sozialpolitik über die Bildungspolitik bis hin zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der Aktualität solcher Publikationen sind naturgemäß Grenzen gesetzt; daher konnten die jüngsten außenpolitischen Entwicklungen – vor allem auch mit Blick auf den Krieg in der Ukraine ab Februar 2022 – nur in begrenztem Maße berücksichtigt werden.

Damit deckt das vorliegende Handbuch ein breites Spektrum möglicher Fragestellungen an die Geschichte, Organisationsstruktur und Politik der CDU ab. Zur weiterführenden Lektüre sei den Leserinnen und Lesern der im CDU-Jubiläumjahr 2020 von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebene Debattenband ans Herz gelegt, in dem sich namhafte Autorinnen und Autoren aus der Rechts-, Geschichts- und Sozialwissenschaft sowie aus der Politik kritisch mit unterschiedlichen Aspekten der Geschichte der CDU auseinandersetzen und den Stellenwert sowie die Zukunft der Partei in Deutschland in den Blick nehmen.^[10] „Eine gewisse Kenntnis der Geschichte ist ja doch die Grundlage jedes politischen Denkens.“^[11] Mit dieser zeitlosen Erkenntnis von Konrad Adenauer wünsche ich den Nutzerinnen und Nutzern dieses Handbuches eine bereichernde Lektüre.

-
- 1 „Wir leben in einer neuen Ära“: Der US-Politikwissenschaftler Daniel Ziblatt über Bedrohungen für die deutsche Demokratie, soziale Medien und die Zukunft der SPD, in: Der Tagesspiegel, 8. 12. 2019.
 - 2 Das Grundgesetz: Ein Jubilar mit Bestnoten. Studie: 70 Jahre – die Bundesrepublik und ihr Grundgesetz, infratest dimap, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/grundgesetzstudie/> (Abruf: 25.11.2019).
 - 3 „Deutsche Fragen – deutsche Antworten – Erosion des Vertrauens“, in: FAZ, 20.11.2019.
 - 4 Siehe hierzu „Wie sehr vertrauen Sie den politischen Parteien?“, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153820/umfrage/allgemeines-vertrauen-in-die-parteien> (Abruf: 26.11.2019).
 - 5 „Vertrauen in politische Kompetenz der Ampel-Parteien sinkt schon wieder“, in: Die Welt, 1.12.2021, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article235389114/Forsa-Umfrage-Vertrauen-in-politische-Kompetenz-der-Ampel-Parteien-sinkt-schon-wieder.html> (Abruf: 12.1.2022).
 - 6 Julian Nida-Rümelin: Demokratie in der Krise. Ein Weckruf zur Erneuerung im Angesicht der Pandemie, Körber Stiftung 2021, https://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/redaktion/handlungsfeld_lebendige-buergergesellschaft/pdf/2021/Demokratie_in_der_Krise.pdf (Abruf: 12.1.2022).
 - 7 Hans-Peter Schwarz: 40 Jahre Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Die Rolle von Parteistiftungen für die deutsche und europäische Zeitgeschichtsforschung, in: HPM 23 (2016), S. 1–15, hier 7.
 - 8 Siehe online unter www.kas.de/de/forschungen-und-quellen-zur-zeitgeschichte (Abruf: 26.11.2019).
 - 9 Siehe online unter www.kas.de/de/historisch-politische-mitteilungen (Abruf: 26.11.2019).
 - 10 Norbert Lammert (Hg.): Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU. München 2020.
 - 11 Konrad Adenauer im Informationsgespräch mit Herbert Altschull (Associated Press) am 14.5.1958, stenographische Notizen, S. 14, BPA-Pressearchiv F 30.

I. Grundlagen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Christlich inspirierte Sammlungsbewegung – Die politischen Ursprünge und geistigen Grundlagen der CDU

Matthias Oppermann

Christentum und liberale Demokratie: Das „C“ in der Politik

„Die liberalen Demokratien verkörpern keine ‚christliche Zivilisation‘. Sie haben sich in Gesellschaften entwickelt, deren Religion christlich war, sie sind in gewissem Maße davon inspiriert worden, dass jeder Seele ein unbeschränkter Wert zukommt.“^[1] Mit diesen Worten hat der französische Soziologe und Philosoph Raymond Aron 1955 in seinem Buch *L’Opium des intellectuels* den Zusammenhang zwischen Christentum und liberaler Demokratie zusammengefasst. Die liberalen Demokratien sind nicht genuin christlich, aber ohne den christlichen Rahmen hätte sich diese Herrschaftsform nicht entwickeln können. Sie sind, wie Aron schon 1951 in seinem Buch *Les Guerres en chaîne* feststellte, „vom Christentum inspiriert“.^[2]

Dieses wechselseitige, Nähe und Distanz verbindende Verhältnis von Christentum und liberaler Demokratie prägt auch den Charakter der CDU seit ihrer Gründung im Jahr 1945. Sie ist – um es gleich vorwegzunehmen – keine „christliche Partei“ im engeren oder gar wörtlichen Sinne, sondern eine vom „christlichen Menschenbild“ inspirierte Sammlungsbewegung.^[3] „Aus christlichem Glauben“, so heißt es in der Präambel des Ludwigshafener Programms von 1978, „läßt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber er

gibt uns mit dem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich.“^[4] Die katholischen und protestantischen Parteien der Niederlande, aus denen 1980 das Christen Demokratisch Appèl entstand, die katholischen Parteien Flanderns und Walloniens, die italienische Democrazia Cristiana oder die schweizerische Christlichdemokratische Volkspartei, die 1912 als Schweizerische Konservative Volkspartei gegründet worden war, verstanden sich als genuin christliche Parteien und schöpften aus einer einzigen, bis ins 19. Jahrhundert zurückreichenden christlichdemokratischen Tradition.^[5] Zwar gab es diese Tradition auch in Deutschland.^[6] Mit der deutschen Zentrumspartei ist 1870 sogar eine wirkmächtige, wenn auch rein katholische Partei auf dieser Grundlage entstanden. Die CDU aber konnte sich ebenso wie die bayerische CSU stets auf mehrere geistig-politische Ursprünge berufen, in denen die christliche Inspiration auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Maße vorhanden war. Wenn man die Partei in ihrer Gesamtheit und nicht einzelne Strömungen, Flügel oder Gruppen betrachtet, ist das „C“ deshalb nicht als Bekenntnis zu einer den Zehn Geboten verpflichteten Politik zu verstehen. Von Anfang an war es vielmehr eine Klammer, die die verschiedenen Strömungen zusammenhielt und somit die Union von Katholiken und Protestanten, von Bürgertum und Arbeiterschaft ermöglichte.

Der große Vorteil der CDU lag dabei in der interpretatorischen Offenheit des Buchstaben „C“. Das hat Konrad Adenauer ein ums andere Mal deutlich gemacht, besonders plastisch am 10. Mai 1962, als der Bundesvorstand der CDU über Rainer Barzels Denkschrift *Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU* diskutierte. Bundeskanzler Adenauer hatte Barzel, der seit 1961 dem Bundesvorstand angehörte, selbst damit beauftragt, die Studie zu verfassen. Nachdem die Union in der Bundestagswahl 1961 die absolute Mehrheit verloren hatte, sahen viele CDU-Politiker ihre Partei in der Krise, und Barzels Studie sollte Aufschluss darüber geben, wie man sie überwinden könne. Barzel sah das Mittel dazu in der Schärfung des christlichen Profils. Eine christliche Partei, so kann

man in seiner nie gedruckten Studie lesen, sei eine Vereinigung „von Menschen, die auch ihr politisches Handeln unter Gottes Wort und Gebot stellen“.^[7] Schon 1958 hatte Barzel geschrieben, die CDU habe die Aufgabe, eine „Politik der Zehn Gebote“ zu betreiben, das heißt „den Willen Gottes zu tun und dafür zu streiten, dass die gottgewollte Ordnung Wirklichkeit wird“.^[8]

Davon hielt Adenauer jedoch gar nichts, wie er Barzel sagte: „Mir ist diese Arbeit zu kirchlich. [...] Da nun einmal das kirchliche Denken in unserem Volke rapide zurückgeht und wir infolgedessen darauf angewiesen sind und damit rechnen müssen, daß wir die sogenannten Liberalen auch zu uns bekommen, müssen wir uns hüten, etwas zu tun, was die Liberalen beider Konfessionen abhalten könnte, für uns zu stimmen. Ohne die liberalen Stimmen können wir keine Mehrheit in Deutschland bekommen. [...] Ich denke immer, wenn ich einen solchen Satz lese, an einen Durchschnittskatholiken oder an einen protestantischen Liberalen, wenn der nun liest: Wir stellen unsere Politik unter Gottes Gebot! – Ich muß Ihnen ehrlich sagen, das ist mir etwas peinlich. Und ich wiederhole: Wir tun’s ja doch nicht! Meine Herren! Lassen wir uns doch nichts weismachen hier! Wir handeln nicht gegen Gottes Gebot, aber wir stellen auch nicht unsere Politik unter Gottes Gebot.“^[9] Für Adenauer reichte es aus, wenn die CDU alle Menschen vereinigte, die „dem Geiste nach Christen sind“.^[10] Das war eine Formel, die so offen und weitgehend war, dass sie auch diejenigen einschloss, die nur noch auf dem Papier einer der beiden Kirchen angehörten.

Das soll freilich nicht heißen, dass der christliche Impuls bei der Gründung der CDU und in ihrer gesamten Geschichte nicht ernst genommen worden wäre. Doch verstanden die verschiedenen Gruppierungen, die sich 1945 gründeten und aus denen die CDU hervorging, durchaus darunter nicht immer dasselbe, wenn sie vom christlichen Charakter der neuen Partei sprachen.

Heterogene Gründungsimpulse

Auf der einen Seite war die Gründung einer Partei, die sich auf die Werte des Christentums berief nach der Katastrophe der nationalsozialistischen Tyrannei und angesichts der Schuld, die die Deutschen auf sich geladen hatten, durchaus folgerichtig.^[11] Vor dem Hintergrund der Verbrechen des „Dritten Reichs“, vor allem des Völkermords an den europäischen Juden, und in den Trümmern des untergegangenen Reichs bot das Christentum eine moralische Orientierung, die auch in der Politik unverzichtbar war. Auf der anderen Seite wirkten sich regionale Besonderheiten und politische Traditionen auf die lokalen Gründungen aus.^[12] So enthielten die von ehemaligen Zentrumspolitikern und christlichen Gewerkschaftern aufgestellten Kölner Leitsätze vom 1. Juli 1945 die Forderung nach einem „wahren christlichen Sozialismus“ und hoben die Bedeutung des göttlichen Gebots und eines thomistisch geprägten Naturrechts als Grundlage der politisch-gesellschaftlichen Ordnung hervor.^[13] Der Berliner Gründerkreis war in der Frage des „christlichen Sozialismus“ gespalten: Der Protestant Otto Heinrich von der Gablentz, der dem Kreisauer Kreis angehört hatte, und der aus dem Zentrum und den christlichen Gewerkschaften stammende Katholik Jakob Kaiser sprachen sich für umfassende Sozialisierungen aus. Andreas Hermes hingegen, der in der Weimarer Republik ebenfalls Mitglied des Zentrums gewesen war, und die früheren Mitglieder der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) traten für eine freie Wirtschaft ein.^[14]

Im protestantischen Norddeutschland wiederum lehnten die lokalen Parteigründer, die durchweg bürgerlich oder bäuerlich waren, die Idee eines „christlichen Sozialismus“ ebenfalls ab.^[15] Die kleineren Parteigründungen, aus denen die CDU in Norddeutschland hervorging, konnten auf die Reste von liberalen und konservativen Parteistrukturen zurückgreifen.^[16] Diese Gründungen knüpften bewusst an die bürgerlich-protestantischen Parteien der Weimarer Republik an: an die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) oder die DDP. Die liberalen und konservativen Kleinparteien, die nach 1945 in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Hamburg gegründet wurden, vermieden in der Regel den Bezug auf das Christliche, da vor

allem die liberalen, aber auch manche konservativen Protestanten der Inanspruchnahme des Christentums durch eine Partei skeptisch gegenüberstanden.^[17] So entstand etwa in Schleswig-Holstein aus verschiedenen Gruppierungen zunächst eine Demokratische Union (DU), die nennenswerte Verluste zu verzeichnen hatte, als sie ihrem Namen das „C“ hinzufügte.^[18]

Gleichwohl setzte sich der Name Christlich Demokratische Union Deutschlands durch, weil das nicht weiter definierte „C“ im Namen, der Bezug auf die christliche Tradition oder das „christliche Menschenbild“; in einer Gesellschaft, in der so gut wie alle Christen waren, den gemeinsamen Nenner für verschiedene Politikansätze darstellen konnte. Die CDU begann somit als eine „Sammlungsbewegung der politischen Mitte“^[19], deren Fundament zwar das katholische Milieu war und lange blieb, deren baldige Stärke und Mehrheitsfähigkeit jedoch auf der Heterogenität ihrer politischen Ursprünge und geistigen Grundlagen beruhte.

Von den „drei Wurzeln“ – dem Konservatismus, dem Liberalismus und dem Christlich-Sozialen –, die heute immer wieder als Grundlage der Union genannt werden, war in der Gründungszeit freilich nicht die Rede.^[20] Erstmals nimmt das Ludwigshafener Programm von 1978 darauf Bezug – allerdings ohne den Begriff Wurzeln zu verwenden. Die CDU, so heißt es in der Präambel, stehe dafür, dass sich „Freiheit und Menschlichkeit“ nicht wieder, wie in der Weimarer Republik, „in verhängnisvoller Gegnerschaft zwischen sozialen, liberalen und konservativen politischen Strömungen“ verlören.^[21] Von diesen drei Strömungen lässt sich in der Anfangszeit – etwa in den Kölner Leitsätzen oder im Berliner Gründungsaufwurf vom 26. Juni 1945 – nur die soziale als politische Referenz finden, und zwar stets im Zusammenhang mit dem Christlichen.^[22]

Diese Tatsache darf uns jedoch nicht zu der Annahme verleiten, Liberalismus und Konservatismus hätten bei der Gründung der CDU keine Rolle gespielt und gehörten folglich auch nicht zu ihren geistigen Grundlagen. Auch wenn sie selten explizit erwähnt wurden, waren sie von Anfang an vorhanden. Die ehemaligen Mitglieder der DVP, DDP, DNVP oder einiger protestantisch-konservativer Kleinparteien der Weimarer Republik, die die CDU mitbegründeten